

Ulrich Knaut:
Anstelle eines Vortrags

Referat gehalten auf dem Arbeitstreffen des *Kommunistischer Korrespondenz Blog* (ccb)
am 03./04.08.2019.
Im ANHANG: Zusammenfassung der Diskussion.

Anstelle eines Vortrags

Liebe communist correspondence bloggers,
unsere bisherige Zusammenarbeit war bestimmt von unserer spontanen Aktivität und unserem persönlichen Einsatz für den Kommunistischen Korrespondenz Blog (*communist correspondence blog*). Daran wird sich, wie ich hoffe, auch in Zukunft nichts ändern, wenn ich nun vorschlage, wie diese Spontaneität und dieses Engagement in einer zielgerichteten politischen Zusammenarbeit weiterzuentwickeln ist.

(Damit meine ich keine gezieltere, sondern die *politische* Zusammenarbeit.)

Unser kommunistischer Blog bleibt ein Blog. Es änderte sich nur, daß, was wir veröffentlichen, nicht mehr wie bisher aus Diskussionsergebnissen (*13 Thesen*) und unserer Korrespondenz besteht (KOMKORR, *communistcorrespondence*), sondern daß unser Blog zu einem wirklichen Diskussionsorgan wird, in dem *wir* miteinander diskutieren und versuchen, den Kreis der Diskussionsteilnehmer im Laufe der Zeit zu erweitern. Das würde bedeuten:

- Nicht jede Veröffentlichung muß ein ‚Leitartikel‘ sein; vielmehr reichen die einzuführenden neuen Formate vom ‚Leitartikel‘ über das ‚Essay‘ bis zum ‚Leserbrief‘ u.a.m.;
- wir gehen als Autoren arbeitsteilig vor; jeder bearbeitet von ihm definierte, durchaus wechselnde, Spezialgebiete;
- und jeder Autor läßt seinen Beitrag unter seinem Namen, Kürzel, Pseudonym o.ä. erscheinen;
- und schließlich sind *gemeinsame* Statements, Erklärungen usw. des ccb als solche gekennzeichnet.

Um einen ‚Leserbrief‘ zu schreiben, muß also der Autor keine umfassend belegte und dokumentierte Arbeit vorlegen. Auf einen ‚Leserbrief‘ läßt sich innerhalb kürzester Frist (relativ) spontan mit einem ‚Leserbrief‘ antworten. Zusätzlich müßte für die Abteilung ‚Leserbriefe‘ ein spezielles Format entwickelt werden, in das sich die ‚Leserbriefe‘ umstandslos posten lassen. Eine Art kommunistisches *Face Book*, nur weniger geschwätzig.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die ‚Redaktion‘, deren Aufgabe darin bestehen würde, die Beiträge, zu denen sich die Autoren entschlossen haben, einzufordern, mit den anderen Beiträgen zu koordinieren, und sie mit redaktionellen Kürzungen, Bemerkungen und Zusätzen zu versehen.

Bisher wurde in unserem Blog alles von allen *geschrieben* und *gelesen*; dabei mußten wir uns in miteinander korrespondierende Universalisten verwandeln. Die Presse wurde (zumindest von mir) nach dem Zufallsprinzip studiert und nach einem subjektiven Schema ausgewertet und entsprechend eingeordnet. Um meinen Mailpartner auf bestimmte Veröffentlichungen aufmerksam zu machen, war ich bisher davon ausgegangen, daß dieser denselben Themenschwerpunkt wie ich bearbeitet. Dazu mußte er sich auf die Schnelle in das neue Thema einarbeiten, ohne es vertiefen zu

können; denn sonst hätte er seinen eigenen Themenschwerpunkt aufgeben müssen.

Eine solche Vorgehensweise hat zwar den Vorteil, daß wir dadurch unseren Horizont erweitern, sie hat aber den Nachteil, daß mein Briefpartner über ‚mein Thema‘ oberflächlich informiert bleibt, weil er über mein Thema keine gezielte Suche angestellt hat. Eben dadurch wäre er von seinem eigenen Thema abgelenkt worden. Wenn wir uns für bestimmte Themen spezialisieren würden, reichte es völlig aus, darüber informiert zu sein, woran die anderen Blogger arbeiten. Wir würden also in Zukunft nicht nur, Papiere, Texte, Statements miteinander auszutauschen, um andere auf bestimmte Themen aufmerksam zu machen, die uns am Herzen liegen, sondern jeder schreibt, konzentriert auf sein eigenes Thema seinen Beitrag, der schließlich von der Redaktion veröffentlicht wird.

Die Entscheidungsgrundlage der Redaktion besteht aus unseren Diskussionen auf den Arbeitstreffen und unseren *Thesen*. Die Redaktion entscheidet, ob die eingereichten Beiträge dem Stand dieser Diskussion entsprechen und ob sie verändert oder gekürzt werden müssen. Die komplette Ablehnung eines eingereichten Beitrags wäre auf dem nächsten Arbeitstreffen (AT) zu behandeln, das sich dadurch in eine ‚Redaktionskonferenz‘ verwandelt. Wenn die Mehrheit zu dem Schluß kommt, daß die Redaktion willkürlich vorgegangen ist, wird sie durch Mehrheitsbeschluß abgelöst. Auf die Dauer wäre diese Vorgehensweise durch ein Redaktionsstatut zu bestätigen.

Dieser Entwurf zu einem veränderten Arbeitsplan soll nur ein grobes Schema für den in unserer Zusammenarbeit vorzunehmenden ‚Paradigmenwechsel‘ sein; seine Umsetzung ist abhängig von der politischen Situation, in der wir uns befinden und von der politischen Diskussion darüber, wie wir im Sinne unseres gemeinsamen Projekts mit dieser umzugehen haben.

Meine Vorschläge sind in der Möglichkeitsform formuliert; zum einen, weil darin das Ergebnis unserer Debatte von diesem Wochenende noch nicht berücksichtigt sein kann, zum anderen, weil die Kapazitäten, die die meisten von uns auch bei äußerster Anstrengung (ich darf mich als Bewohner der Insel der Seligen ausnehmen) in das vorgeschlagene Projekt investieren können, äußerst begrenzt sind: wenn sie es gerade einmal schaffen, morgens die Zeitung und die *social media* zu überfliegen und sich dann um ihre Ausbildung, ihren Job, ihre Familie zu kümmern haben, werden sie die wenigste Zeit auf die Arbeit an der Vertiefung ihres Themas verwenden können. Abgesehen von den sozialen Kontakten, die zu pflegen sind und die verhindern sollen, daß wir zu gesellschaftlichen Monaden verkümmern...

Wir sind keine Berufspolitiker und keine Berufsrevolutionäre, sondern, und das ist nicht herabsetzend gemeint, zur Existenz von Freizeit-Revolutionären ‚verdammte‘, die den Verlockungen, zum staatlich (von welchem Staat auch immer) ausgehaltenen Berufspolitiker oder Parteitheoretiker aufzusteigen, widerstanden haben. Wir haben keinen Stalin, der für uns die Bank von Hintertupfingen überfällt und die Parteikasse auffüllt, was die Stalins wiederum in die Position versetzt, die von ihnen gesponserte Partei von ihnen als Sponsor abhängig zu machen, eine Abhängigkeit, die in diesem konkreten Fall den Aufstieg vom revolutionären Terroristen zum Neuen Zaren ermöglicht hat (keine in Rußland ungewöhnliche Karriere!). Und ein Parteikonzept, das Idealisten wie Nikolai Bucharin später mit dem Leben bezahlt haben.

Karl Marx hatte sich für eine Professur in Bonn beworben, die ihm vom preußischen Staat verweigert wurde, weil er Jude und wie seine Doktorarbeit bezeugt, Materialist war und den Jakobinern nahe stand. Da er nicht wie Hegel Hauslehrer wurde, blieb ihm nur die Arbeit als Journalist, die mit der Rotdruck-Ausgabe der *Neuen Rheinischen Zeitung* 1849 ihren vorläufigen Abschluß fand. Seine materielle Abhängigkeit von Engels, oder anders formuliert, die materielle Abhängigkeit ihrer gemeinsamen politischen Projekte von Engels' Managergehalt, zu denen nicht nur die Arbeit am KAP[ITAL] gehörte, die Marx die geistige Freiheit sicherte, die nötig war, um die politische Ökonomie nicht vom Standpunkt eines Ökonomieprofessors, sondern dem des Proletariats zu kritisieren, läßt sich nicht verallgemeinern oder gar als Vorbild für eine Partei-Karriere in der parteiMarx empfehlen...

Lenin stammte aus einer deutsch-jüdisch-russischen Gutsbesitzerfamilie, der Vater gehörte zur beamteten kleinstädtischen Intelligenz, der ältere Bruder wurde wegen eines angeblich geplanten Attentats auf den Zaren zum Tode verurteilt. Abgesehen von Stalins Beiträgen zur Finanzierung der Partei der Bolschewiki wäre Lenins materieller Hintergrund eher als nicht prekär zu bezeichnen, schon gar nicht, nachdem er an der Spitze der Sowjetregierung zum Staatsbeamten avanciert war.

Reminiszenzen wie diese lassen sich beliebig fortsetzen. Sie gehören zu jener Kategorie von Fragen, die nicht gestellt werden, weil jeder die Antwort kennt. Die ihr zugemessene Bedeutung ähnelt dem den Scholastikern zugeschriebenen Disput darüber, wie viele Engel auf einer Nadelspitze Platz haben...

Für uns also als ‚Freizeit-Revolutionäre‘ wäre es daher schon ein gewaltiger Fortschritt, wenn es uns gelänge, uns gemeinsam ein einzelnes Thema vorzunehmen und dieses in der Öffentlichkeit durchzuboxen. Dazu würde sich als mein konkreter Vorschlag einerseits die *Proletarische Kulturrevolution* eignen verbunden mit der Frage, worin sich diese *proletarische Kulturrevolution* von dem als *clash of genderisation* inszenierten *Kulturkampf* des sozialimperialistischen Kleinbürgertums unterscheidet.

Zu meinem weiteren Favoriten als Kampagnen-Thema zählt Gregor Gysis Ankündigung, sich als Staatsredner an den offiziellen Feierlichkeiten zum Fall der Mauer vom 9. November 1989 beteiligen zu wollen. Da Gysi als früherer Chef der Partei Die Linke auch derjenige war, der 1989 mit der Gründung der Partei des Demokratischen Sozialismus die SED am Leben erhalten hat, geht diese politische Geschmacklosigkeit nicht nur die ehemalige DDR-Opposition etwas an, sie setzt auch die absurde Ansicht voraus, daß sich die SED überhaupt demokratisieren lasse, eine *contradictio in adjecto*, mit der der Bock zum Gärtner gemacht wird.

(Wie weit die Läuterung der SED inzwischen vorangeschritten ist, läßt sich an einer im ND entdeckten Glosse ablesen, in der nach erfolgreich durchgeführter ‚Me-too‘-Jagd auf den Chef der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, das Halali geblasen wird;¹ mit dieser

1 Neues Deutschland 28.09.2018 unter der Rubrik **Was diese Woche wichtig war, aus Sicht unserer Leser*innen: »Lieber Hubertus, ich bin bitter enttäuscht. Selbstverständlich nicht von Dir! Sondern von dem Stiftungsrat, der Dich diese Woche auf die Straßen gesetzt hat. Eine Schandtat! Jetzt muss die Gedenkstätte Hohenschönhausen, zu der ich als gestandener Antikommunist mindestens einmal im Monat pilgere, sich einen neuen Leiter suchen. Eins steht fest: Ein Scharfmacher wie Dich wird sich nur schwer finden lassen. [...]**
Doch was willst Du in Zukunft machen, Hubertus? Wieder mehr Deinem Hobby, der

moralischen Hinrichtung wurde in der Hauptstadt gleichzeitig zum rot-grün-roten antikapitalistischen Aufbruch aufgerufen. Die SED-typische Moral von der Geschichte lautet: wer bei dem rot-grün-roten Antikapitalismus hinter die Kulissen und den Kulissenschiebern auf die Finger schauen will, sollte dafür besser gleich beim Verfassungsschutz anheuern. »**Also ab zum Briefkasten und die Bewerbung abschicken...**« Eine ähnliche Stoßrichtung fand sich jüngst in der *Global Times*, in der behauptet wird, die demokratische Opposition in Hongkong werde von US-Außenminister Pompeo ferngesteuert.²⁾

Im Unterschied zur Partei Die Linke benötigt die AfD für ihre Rückkehr in die Arme der pro-‘westlichen‘ Bourgeoisie (in denen sie sich, was die russophile Bourgeoisie betrifft, bereits befindet) wohl noch eine gewisse Schamfrist. Diejenigen, die an Gysis Bemühungen, diese Schamfrist in puncto Mauerbau aufzuheben, im Prinzip nichts auszusetzen haben, werden damit allerdings auch gezwungen sein zuzugeben, daß sich die SED, all ihren Beschwörungsformeln von der Verteidigung der Demokratie zum Trotz, von der NSDAP um keinen Deut darin unterscheidet, die Übernahme der ungeteilten Staatsmacht in Deutschland anzustreben, die diese Verteidiger der Demokratie, wenn sie diese erst einmal in Händen halten, freiwillig und den Bestimmungen der Verfassung gemäß, wie das Beispiel Maduros in Venezuela zeigt, nicht so einfach wieder aus der Hand geben werden; schon gar nicht, wenn sie darin von mächtigen anti-‘westlichen‘ Förderern unterstützt werden, die es ihnen erlauben würden, an dieser Demokratie, wie es über Bashar al-Assads Herrschaft heißt, durch das Regieren ‚mit harter Hand‘ festzuhalten.

Mit dem Datum vom 9. November 1938 verbindet sich auch die Auslösung der Juden-Pogrome in ganz Deutschland, mit denen durch den deutschen Staat eine neue Stufe der Verfolgung und Vernichtung der Juden eingeleitet wurde.

Schließlich begann am 9. November 1919 die Novemberrevolution, über die in diesem Jahr bereits eine Unzahl von Gedenkartikeln erschienen ist, in denen aber nur selten auf den inneren Zusammenhang zwischen die beiden zuletzt genannten Ereignissen eingegangen wird, wobei das frühere Datum bereits in der Keimform den späteren Zusammenprall der konterrevolutionären Revolution mit der revolutionären Konterrevolution antizipiert, während der 9. November 1938 als Vorbote des auf ihn folgenden Welt-Kriegs als Revanchekrieg und auf die vom deutschen Staat im europäischen Maßstab organisierte Judenvernichtung verweist.

Aus diesen beiden von mir genannten Hauptthemen, das eine, das mit einem symbolisches Datum verbunden ist, das andere, das ich als die aktuelle Verwirklichung des ‚ewigen‘ ‚Clash of (Counter)Revolutions‘ bezeichnen würde, schlage ich weitere Themen vor, deren innerer Zusammenhang der näheren Erläuterung bedarf:

– Der *Klimawandel* als Ideologie der Weltmarktkrise des Kapitals?

Geschichtswissenschaft, nachgehen? Oder vielleicht etwas ganz anderes machen? Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sucht gerade einen Leiter. Bei dem Job bräuchtest Du keine Bauchschmerzen haben, denn diese Behörde ist ganz anders als die olle Stasi. Das BfV schützt unsere wehrhafte Demokratie gegen ihre Feinde – beispielsweise Strömungen innerhalb der Linkspartei. Die Genossen konntest Du zurecht noch nie leiden. Also ab zum Briefkasten und Bewerbung abschicken. Ich drücke Dir die Daumen.«

2 FAZ 29.07.2019: **Peking bezeichnet Proteste als „Farbenrevolution“.**

- Der *Green New Deal* von Grünen, Linken und Linker Sozialdemokratie und seine Gemeinsamkeiten mit Roosevelts New Deal.
- Der *Clash of Civilisations* als konterrevolutionäre Ideologie des Kampfes um die Weltherrschaft?
- Die Linke und ihre Verarbeitung von Nine Eleven – *Antiimperialismus* oder revolutionäre Konterrevolution?
- Kritik der politischen Ökonomie der *Freiburger Schule* und die Kritik der Linken am *Neoliberalismus*.
- Ideologie vs. Fakts: Über das Fortbestehen der Reparationsforderungen gegen den deutschen Staat wegen des Fehlens eines Friedensvertrags.
- *Marxismus* als Herrschaftswissenschaft der *Diktatur über das Proletariat* in China und anderen ‚sozialistischen Ländern‘.
- Die *Offene Gesellschaft*, ihre Freunde und Feinde und die Frage, ob der Feind meines Feindes mein Freund sei oder sein sollte?
- Staatsreligion vs. Gottesstaat – Alternativen oder zwei Seiten einer Medaille?

In meinen früheren Vorträgen habe ich mich mit der revolutionären Vergangenheit des Weltproletariats beschäftigt und den Beweis führen wollen, daß Die Linke und ihr imperialistisches Kleinbürgertum mit dieser Vergangenheit wenig bis gar nichts mehr zu tun haben. Diesen Beweis sehe ich inzwischen als erledigt und es als sinnvoller an, mich mit dem *zukünftigen* Weltproletariat zu beschäftigen und mich vom imperialistischen Kleinbürgertum zu verabschieden, das die Gesellschaft mit moralischen Gebots- und Verbotsschildern zugestellt hat oder gerade dabei ist, sie in die ausgebreiteten Arme der preußisch-deuschtümelnden Rechten und ihrer nationalsozialistischen Ideengeber zu treiben. Um zu klären, wer unser Feind und wer unsere Verbündeten sind, sind die Auswirkungen der *Weltwirtschaftskrise*, in der sich die kapitalistische Produktionsweise befindet, und ihr bisheriger Verlauf zu analysieren.

Das imperialistische Kleinbürgertum hat die Kulturrevolution des antiimperialistischen Kleinbürgertums von 1967 okkupiert und sich mit seinem *Green New Deal* in den Hauptträger der Versuche der Welt-Bourgeoisie verwandelt, die *Weltwirtschaftskrise* nach der Lehman-Pleite im Griff zu behalten, um nicht zu letzten kriegerischen Mitteln zu greifen.

Das sozialimperialistische Kleinbürgertum will die erste Phase des Kommunismus überspringen und meint, die Produktions- und Lebensformen, die in der zweiten Phase des Kommunismus möglich sind, bei Fortbestand der kapitalistischen Produktionsweise und ohne noch Funktion des Klassenkampfes zu sein, einführen zu können. Dieser Sprung in den bodenlosen Kommunismus richtet sich, ohne daß das Proletariat bei den Produktionsverhältnissen in der ersten Phase des

Kommunismus zuvor angekommen ist, gegen dieses selbst und bestärkt es in seinem paternalistischen Eigensinn gegen den ihm vom sozialimperialistischen Kleinbürgertum aufoktroierten ‚Kommunismus‘, worin dieses in seiner Einzigartigkeit als ‚revolutionäre‘ Klasse sich selbst bestätigt sehen will.

Die klassische Frage, die sich angesichts des von mir vorgeschlagenen Projekts stellt, ist, an wen sich unser Blog überhaupt richten und was mit ihm erreicht werden soll? Bisher waren das die über ‚Die Linke‘ vermittelten ‚Zielgruppen‘ der ‚westdeutschen Linken‘, die davon zu überzeugen waren, daß sie von ‚der Linken‘ falsch informiert, belogen, verraten etc. worden seien bzw. daß der von ihr vertretene *Marxismus*, sich mit seinen ursprünglichen Intentionen angeblich in Widerspruch befindet. Dabei war allerdings übersehen worden, daß ‚die Linke‘ eine von vornherein verstaatlichte Institution ist und daß der Staat der BRD dabei ist, sich in deren linkes Projekt zu verwandeln. Das würde bedeuten, daß der SED-Staat nie aufgehört hat zu existieren, wenn auch zunächst als arbeitsteiliges über viele Privatinitiativen verteiltes Projekt, und daß die Linke den bestehenden Staatsapparat durch eine Neuauflage des SED-Staats ersetzen will. Wobei sich als entscheidendes Vehikel die Formierung der BRD-Gesellschaft ‚im Kampf gegen Rechts‘, der von Kulturträgern, Politikern, Parteien, Stiftungen etc. aus Sorge vor dem Abgleiten der BRD in einen faschistischen Staat geteilt wird, herausgestellt hat. Ein ursprüngliches Randthema isolierter ‚antifaschistischer‘ Gruppen, die an der Grenze zum Sektierertum, nehmen wir als Beispiel die ‚Ostermärsche‘, kaum Beachtung finden, ist zum Kernbestandteil der Formierung des Staates und der Ausrichtung der Gesellschaft ‚gegen Rechts‘ geworden. Was die BRD-Öffentlichkeit über ‚die Rechte‘ wissen soll, weiß sie über sie bereits von ‚Der Linken‘. Ein vom sog. ‚antifaschistischen‘ Mainstream unabhängiges Urteil, das sich nicht an den von Staats wegen gestifteten ‚antifaschistischen‘ Gesellschaftsvertrag hält, ist mit dem (bereits von Stalin erfolgreich erprobten) Warnschild der ‚Kontamination‘ durch ‚rechtes‘ Denken versehen. Es soll nicht sein, was nicht sein darf.

An dieser Stelle hätte ich an mich selbst die Frage zu stellen, ob nicht auch ich durch meine ignorante Nichtbeachtung geltender ‚antifaschistischer‘ Verkehrsregeln längst dabei bin, die mir gezogene Grenzlinie ‚nach Rechts‘ zu überschreiten und ob ich mit dem gefährlichen Kurs, auf den ich mich durch mein Pochen auf meine geistige Freiheit begeben habe, nicht Gefahr laufe, zum ‚Volksverräter‘ zu werden. Wer aber zu den ‚Volksverrättern‘ gehört, hat keine Fragen mehr, sondern an den sind nur noch Fragen zu stellen, für deren Beantwortung im Fragebogen für jede Antwort nur *ein* Kästchen vorgesehen ist, weil alles, was nicht Links ist, automatisch ‚Rechts‘ und alles, was ‚Rechts‘, letztendlich nationalsozialistisch ist. Solche Verhöre ließen sich aber – soviel Freiheit muß sein – grundsätzlich vermeiden, wenn jeder für sich selbst *in foro interno* zum Verhörspezialisten wird und die Fragen nach der eigenen ‚rechten‘ Gesinnung an sich selbst stellt, wodurch er die Arbeit der Ermittlungsbehörden im Interesse der Steuerzahler ungemein erleichtern würde... Daß dieser ‚antifaschistische‘ Albtraum keineswegs nur ein *fake* ist, zeigt sich daran, daß auf den Feuilletonseiten der FAZ oder der NZZ voll inneren Schauderns darüber diskutiert wird, in welchem Umfang die von der Linken seit Jahr und Tag betriebene ‚antifaschistische‘ Propaganda ‚gegen Rechts‘ bereits innerhalb der Gesellschaft Wurzeln geschlagen hat und dabei ist, sich in gesellschaftlichen Konsens zu verwandeln.

Wer dann immer noch die Unverfrorenheit besitzt, auf bestehende politische Entsprechungen zwischen ‚Rechts‘ und Links hinzuweisen und in Zweifel zu ziehen, ob hinter deren angeblicher

Feindschaft, (die sie unter der schützenden Hand Putins und Xi Jinpings wohl eher zu Konkurrenten werden läßt, die sich aber durchaus bis aufs Messer bekämpfen können), nicht viel eher ein Konkurrenzverhältnis zwischen Gleichgesinnten und das gemeinsam verfolgte politische Ziel steht, am Niedergang des ‚Westens‘ (der sich politisch immer stärker auf das kleine Europa zusammenzieht) zu arbeiten und diesen ‚Niedergang‘ zu beschleunigen, dem schicken Putin oder Xi im Zweifelsfall einfach ihre Rackets und (Internet-)Spione auf den Hals. Ähnliche Zweifel ergeben sich in Bezug auf das Verhältnis der ‚westlichen‘ Linken zu den Islamisten und *Nine Eleven*, das sie ebensowenig wie die Bush-Administration dahingehend eindeutig geklärt haben: ob es sich bei Al Qaida um politisch verirrte Antiimperialisten oder im Kampf gegen die Ungläubigen zu allem entschlossene Feinde der Menschheit handelt. Die historischen Wurzeln dieser politischen Unschärfen reichen bis zum Stalin-Hitler-Pakt und die damit einhergehenden Verschleierungsmechanismen zurück.

Unsere bisher veröffentlichten historischen Vorträge wären also zu ergänzen durch Analysen der ‚Weltlage‘ und der Situation des ‚Westens‘ gegenüber dem neuen ‚Faschismus‘ (ein Begriff, der in diesem Fall mehr verschleiert als er-klärt): Wer hat sich auf die Seite dieses neuen ‚Faschismus‘ geschlagen, wer sind auf der anderen Seite die Verbündeten des ‚Westens‘ und im engeren Sinn Europas? (Ob und inwieweit Trump noch ‚den Westen‘ vertritt oder den neuen ‚Faschismus‘, wird nach den jüngsten Debatten im Kongreß vielleicht erst nach Ende seiner Amtszeit zumindest strafrechtlich zu klären sein. Eine *politische* Erklärung wird es offiziell nicht geben. Dies widerspräche dem Charakter der US-amerikanischen Bourgeoisie und ihrem Prinzip, daß eine Krähe der anderen kein Auge aushackt.)

All diese Fragen lassen sich nicht allein durch die Beschäftigung mit unserem weltrevolutionären Erbe und dessen politischer Beschwörung beantworten. Die mindestens ebenso notwendige Beschäftigung mit unserer (weltrevolutionären) Zukunft muß mit der Untersuchung des Terrains beginnen, auf dem die *proletarische* Kulturrevolution gegen die ‚faschistische‘ Kulturrevolution des imperialistischen Kleinbürgertums zurückzuerobert sein wird, ohne daß schon hinreichend geklärt ist, was heute unter einer ‚faschistischen‘ Kulturrevolution zu verstehen ist und worin der revolutionäre Charakter der *proletarischen* (Kultur-)Revolution besteht.

Das anti-imperialistische Kleinbürgertum der 60er und 70er Jahre hat sich in das sozialimperialistische Kleinbürgertum verwandelt und ist zum Träger des *Green New Deal* geworden, zu einem Hauptverfechter der vergeblichen Versuche der Bourgeoisie, die die seit der Lehman-Pleite ausgebrochene *Weltwirtschaftskrise* immer noch meint in den Griff zu bekommen, ohne als letztes Mittel zum neuen ‚Faschismus‘ zu greifen - dessen Fratze bereits zwischen dem Vorhang hervorlugt, der sich früher oder später für das neue Weltspektakel öffnen wird.

Gepostet Februar 2020

2. Zusammenfassung der Diskussion

Auf dem Arbeitstreffen der CCBlogger am 03./04.08.2019 wurde sowohl das Referat *Anstelle eines Vortrags* als auch die auf der Seite der *partei Marx* veröffentlichten *Zwei Briefe zum Kommunismus* und der *EINspruch vom 26.05.2019* diskutiert. Dokumentiert wird im folgenden eine Zusammenfassung der Diskussion, die eine Liste von Themen enthält, die in Zukunft von den CCBloggern bearbeitet werden sollen.

Themen

- 1) Der *Klimawandel* als Ideologie der Weltmarktkrise des Kapitals?
- 2) Der *Green New Deal* von Grünen, Linken und Linker Sozialdemokratie und seine Gemeinsamkeiten mit Roosevelts New Deal.
- 3) Der *Clash of Civilizations* als konterrevolutionäre Ideologie des Kampfes um die Weltherrschaft?
- 4) Die Linken und ihre Verarbeitung von Nine Eleven – *Antiimperialismus* oder revolutionäre Konterrevolution?
- 5) Kritik der politischen Ökonomie der *Freiburger Schule* und die Kritik der Linken am *Neoliberalismus*.
- 6) Ideologie vs. Fakt: Über das Fortbestehen der Reparationsforderungen gegen den deutschen Staat durch das Fehlen eines Friedensvertrags.
- 7) *Marxismus* als Herrschaftswissenschaft der *Diktatur über das Proletariat* in China und anderen ‚sozialistischen Ländern‘.
- 8) Die *Offene Gesellschaft*, ihre Freunde und Feinde und die Frage, ob der Feind meines Feindes mein Freund sei oder sein sollte?
- 9) Staatsreligion vs. Gottesstaat – Alternativen oder zwei Seiten einer Medaille?

Diskussion

Gegenstand der Diskussion von „**Anstelle eines Vortrags**“, des „**Einspruchs**“ vom 26.05.2019 und den „**Zwei Briefen zum Kommunismus**“ auf dem Arbeitstreffen im August 2019 waren verschiedene im Referat und den Texten angeschnittene Themen.

Als politische Hauptfrage der Novemberrevolution von 1918 wurde der Kampf gegen das Preußentum bestimmt, für dessen erfolgreiche Durchführung die KPD ein Bündnis mit der Deutschen Zentrumspartei hätte eingehen müssen. Insofern diese politische Aufgabe der Novemberrevolution nicht

erfüllt wurde, steckte in ihr der Keim für das erfolgreiche Auftreten der revolutionären Konterrevolution des Nationalsozialismus als konzentriertes Preußentum von rechts.

Statt wie die KPD die Revolution der Bolschewiki zu kopieren, hätte eine selbständige Analyse der Bedingungen der Revolution in den unterschiedlichen Nationen bei einheitlicher weltrevolutionär-strategischer Koordinierung der Kommunistischen Parteien stattfinden müssen.

Hinsichtlich der AFD wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, diese zum Gegenstand einer besonderen Kritik zu machen und sie nicht auf ihre Connection mit Putin zu reduzieren. Die Wurzeln der deutschen Rechten liegen in den vom Preußentum geführten ‚Befreiungskriegen‘ (1813-1815). Die AFD vertritt politisch die ökonomisch abgehängten, kleineren Kapitale, die eine absolute Mehrwertproduktion fordern. Dieser ökonomischen Zielsetzung entspricht ein spezifischer ideologischer Überbau, der etwa durch die Präferenz für bestimmte anachronistisch gewordene Geschlechterverhältnisse und Familienformen charakterisiert ist.

Trump und sein ‚Emissär‘ Bannon, der in Europa ein Netzwerk der Rechten schmieden soll, betrachten das politische ‚Zentrum‘ in Deutschland als Hauptfeind. Die deutsche Bourgeoisie setzt dagegen politisch eher auf die Linke (als Regierungskoalition von Linker Sozialdemokratie, Grünen und Der Linken), die sich als Preußentum von links auf den ‚Neoliberalismus‘ als Hauptfeind eingeschossen hat, weil die AFD an der Regierungsmacht unter den jetzigen Umständen für eine ‚Katastrophenpolitik‘ (Eroberungspolitik) steht.

Durch die Unterwanderung der Bundeswehr infolge der Aufstockung der Reservistenverbände bereitet die AFD die Option einer putschistischen Übernahme der Staatsmacht vor. Bundeswehrsoldaten stellen unter den Parteimitgliedern der AFD die größte Berufsgruppe dar. Innerhalb der AFD repräsentiert Gauland den bonapartistischen Flügel der Partei, während daneben ein am Nationalsozialismus orientierter Flügel (Höcke) existiert. Generell ist über Deutschland hinaus eine Barbarisierung im Kampf gegen das politische ‚Zentrum‘ zu beobachten (z.B. durch terroristische Anschläge, Aktionsformen der ‚Gelbwesten‘).

In Bezug auf die DDR wurde angemerkt, dass deren Annexion 1989 mit dem Grundgesetz begrün-

det wurde, statt dass die Möglichkeit genutzt wurde, eine deutsche Verfassung zu verabschieden. Zur Legitimierung ihrer Verstaatlichungsforderungen wird heute von Der Linken die Treuhandsache zum Sündenbock für die ‚Deindustrialisierung‘ der vormals zur DDR gehörenden ostdeutschen Bundesländer gemacht. Dazu gehört eine demagogische Ausblendung der ökonomischen Vorgeschichte dieses Prozesses, den Günter Mittag, der führende Wirtschaftspolitiker der SED, mit seiner Aussage von 1989 auf den Punkt brachte, dass die DDR 1989 pleite sei.

Hinsichtlich Der Linken wurde in der Diskussion auf den Zusammenhang zwischen DDR-Apologie und der Forderung nach offenen Grenzen hingewiesen. Die Auffassung, dass es sich bei der Forderung des linken Antirassismus nach offenen Grenzen um ein Mittel zur Zerstörung des Sozialstaats handle (dessen Erweiterung sich Die Linke als politisches Organ der Neuen Bourgeoisie durch eine staatsmonopolistische ‚Umverteilung‘ der Kapitalprofite programmatisch auf ihre Fahnen schreibt), wurde kritisch mit dem Hinweis darauf konfrontiert, dass diese, innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise utopische Forderung, ein moralisches Instrument darstellt, um mehr Wählerstimmen zu erlangen.

Der von Friedrich Engels beschriebene ‚Halbbonapartismus‘ ist gegenwärtig die politische Haupttendenz in den kapitalistischen Ländern. Die dagegen gerichteten demokratischen, antibonapartistischen Bewegungen in Osteuropa sind im Keim revolutionäre Bewegungen des Proletariats. Um ihre politischen Ziele erfolgreich durchzusetzen, müssen diese Bewegungen letztendlich gegen die herrschende besitzende Klasse ökonomische Umwälzungen in Gang setzen und muss die politische Revolution auf einer sozialen Revolution basieren werden.

Mit den Kriegen Russlands seit 2008 gegen Georgien, die Ukraine und in Syrien gegen die revolutionären Kräfte ist jetzt eine Periode der Politik des russischen Expansionismus abgeschlossen. Die Auseinandersetzung im Persischen Golf im Frühjahr und Sommer 2019 weist mit ihrer unmittelbar weltpolitischen Bedeutung im Vergleich dazu eine neue Qualität auf. Putins Taktik besteht weiterhin darin, seine Gegner in eine Zwickmühle zu bringen und Panik unter ihnen zu erzeugen, um den Weg für die Durchsetzung seiner Großmacht- und Weltherrschaftsinteressen frei zu machen.